

Andreas Linder, Geschäftsführer Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Redebeitrag für die Kundgebung

"Flüchtlinge sind willkommen! Gemeinsam gegen Pegida, Rassismus & Hetze"

05. Januar 2015, 17 Uhr – Schlossplatz Stuttgart

Liebe Leute,

vielen Dank an die Anstifter, dass ihr die heute Kundgebung organisiert habt und vielen Dank für die Möglichkeit, für den Flüchtlingsrat Baden-Württemberg einen Redebeitrag zu halten.

Ich möchte in meinem Beitrag auf drei Aspekte eingehen:

- 1. Statt Verständnis für PEGIDA & Co. aufzubringen muss jeder Form von Ausgrenzung, Rassismus und Menschenverachtung offen entgegen getreten werden**
- 2. Die derzeitige Flüchtlingspolitik ist in vielerlei Hinsicht Wasser auf die Mühlen von PEGIDA & Co**
- 3. Es gibt nichts Gutes - außer man tut es – Eine gute Flüchtlingspolitik und solidarisches Engagement für Flüchtlinge und andere Ausgegrenzte sind wichtiger denn je.**

1. Statt Verständnis für PEGIDA & Co. aufzubringen muss jeder Form von Ausgrenzung, Rassismus und Menschenverachtung offen entgegen getreten werden

Wir demonstrieren heute gegen Menschen, die zu unserer Gesellschaft gehören und die noch nicht verstanden und akzeptiert haben, dass wir im 21. Jahrhundert leben. Wir leben in einer globalisierten Weltgesellschaft, in der Migration und kulturelle Vermischung so ungefähr das Normalste der Welt sind. Deutschland hat sich lange Zeit dagegen gewehrt, sich als Einwanderungsland zu sehen. Mittlerweile sieht jeder vernünftige Mensch ein, dass Mobilität und Migration nichts Bedrohliches sind, sondern dass man damit gut umgehen kann, ja, dass dies sogar zur kulturellen Entwicklung und zum wirtschaftlichen Wachstum unserer Gesellschaft beiträgt.

Doch leider gibt es auch bei uns in Deutschland immer noch Menschen, die mit dieser schlichten Realität nicht klar kommen. Sie haben Angst vor sogenannter Überfremdung und anderen Religionen. Sie glauben, dass sich Einwanderung negativ auf den Wohlstand in Deutschland und ihre eigene soziale Lage auswirkt. Sie wünschen sich letztlich eine kulturell homogene, weiße und herrenmenschliche Gesellschaft. Dies sind alles Vorstellungen von vorgestern. Solche Menschen treibt es aber zur Zeit in

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.

Hauptstätter Str. 57, 70178 Stuttgart
Gemeinnützigkeit anerkannt
Registergericht Stuttgart VR 4666
1. Vorsitzende: Angelika von Loeper
2. Vorsitzende: Vera Kohlmeyer-Kaiser

Vereins- und Spendenkonto

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.
GLS Bank, BLZ 430 609 67
Kto. Nr. 70 07 11 89 01
IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01
BIQ: GENODEM1GLS

Gefördert durch

PRO ASYL e.V.
Europäischer Sozialfonds (ESF)
Land Baden-Württemberg,
Ministerium für Integration

Scharen auf die Straße. Als selbst ernannte Retter des Abendlands grölen diese neuen Wutbürger völkische Parolen, konstruieren sich als Zukurzgekommene und hetzen gegen Flüchtlinge und andere MigrantInnen, gegen die sogenannte politische Korrektheit, gegen den etablierten Politikbetrieb und die öffentlichrechtlichen Medien. Sie fordern Meinungsfreiheit, lassen aber nur ihre eigene Meinung gelten. Sie geben vor, gegen eine Islamisierung zu sein, sind aber nicht in der Lage, Islam und Islamismus voneinander zu unterscheiden. So hetzen sie auch gegen Flüchtlinge, die gerade vor dem Islamismus geflohen sind.

Das aus meiner Sicht Auffälligste an PEGIDA und Konsorten ist, dass deren Aussagen und Forderungen nicht auf Fakten oder Argumenten basieren, sondern schlicht von reflexhaften dumpfen Gefühlen geleitet sind. Das Wort Ressentiment trifft diese Haltung exakt. Aber es gibt noch ein besseres Wort für das, was PEGIDA und die vermeintlich besorgten Bürger, die sich dieser Bewegung anschließen, antreibt. Es ist schlicht und einfach Rassismus. Nachdem sich in Dresden die wöchentliche PEGIDA-Versammlung zur Massendemo entwickelt hat, haben Politiker von der AfD, von der das zu erwarten war, aber auch von der CDU/CSU kolportiert, dass man auch Verständnis für die Anliegen von PEGIDA aufbringen müsse. Das ist auch aus unserer Sicht ganz klar der falsche Umgang: **Statt Verständnis für PEGIDA & Co. aufzubringen muss jeder Form von Ausgrenzung, Rassismus und Menschenverachtung offen entgegen getreten werden. Und deswegen sollten wir uns alle heute und weiterhin dafür einsetzen, dass eine solche Bewegung in Baden-Württemberg keinen Fuß auf den Boden bekommt!** PEGIDA legt zwar bislang Wert darauf, als „gewaltfrei“ wahrgenommen zu werden: Wenn aber die dort verbreiteten rassistischen Ressentiments nicht klar zurückgewiesen werden, sondern auf "Verständnis" treffen, bestärkt das rassistische Gewalttäter in ihrem Tun.

Ich habe hier mal ein paar Zahlen zusammengetragen: Deutschlandweit hat die [rassistische Gewalt gegen Flüchtlinge](#) stark zugenommen: Im Jahr 2014 gab es 23 tätliche Übergriffe auf Flüchtlinge, 23 Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünften wie kürzlich bei Nürnberg, 27 Sachbeschädigungen an Flüchtlingsunterkünften und 194 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen und Demonstrationen. Das sind besorgniserregende Zahlen, die schon fast wie Anfang der 90er Jahre sind. Eine nicht unerhebliche Zahl dieser Straftaten und rassistischen Demonstrationen hat in Baden-Württemberg stattgefunden. Asylsuchende und Flüchtlinge sind also nach wie vor potenzielle und tatsächliche Opfer von rassistischer und rechtsextremer Gewalt.

2. Die derzeitige Flüchtlingspolitik ist in vielerlei Hinsicht Wasser auf die Mühlen von PEGIDA & Co

Die Flüchtlingspolitik ist bei PEGIDA ein wichtiges Thema. Man kann hier aber auf den ersten Blick sehen, dass die von PEGIDA aufgestellten Forderungen zur Flüchtlingspolitik im Unterschied etwa zur NPD nicht nur platt rassistisch und menschenverachtend sind. Mit dem zweiten Blick und vor allem, wenn man hört, was die Protagonisten so von sich geben, wird aber klar, dass natürlich eine restriktive und harte Politik gegenüber Asylsuchenden gefordert wird. Man muss hier aber klar sehen, dass die Leute von PEGIDA eine harte Haltung gegen Asylsuchende nicht erfunden haben. Über weite Strecken plappern sie bloß nach, was die herrschende Politik und der herrschende Diskurs vorgeben. **Die derzeitige Flüchtlingspolitik ist in vielerlei Hinsicht Wasser auf die Mühlen von PEGIDA & Co.**

Wichtiger als die Frage, welche Sorgen und Ängste die PEGIDA-DemonstrantInnen umtreibt, ist deswegen unseres Erachtens die Frage, welche Migrations- und Flüchtlingspolitik betrieben wird und ob diese die Forderungen von PEGIDA und Co. in die Schranken weist oder nicht.

„Flüchtlinge willkommen heißen“ heißt es im Titel dieser Veranstaltung. Was bedeutet das? Aus unserer Sicht muss zweierlei geschehen, damit sich PEGIDA und Konsorten nicht weiter ausbreiten: Die Bundesregierung und die Landesregierungen müssen eine gute Flüchtlingspolitik betreiben und die Bürgerinnen und Bürger müssen sich weiterhin für Flüchtlinge und andere Ausgegrenzte engagieren. Beides ist wichtiger denn je.

Vieles an der staatlichen Flüchtlingspolitik ist besser geworden, vor allem im Vergleich zu den 80er und 90er Jahren, aber insgesamt ist die Flüchtlingspolitik immer noch janusköpfig, hü und hot. Es geht immer einen Schritt vor und einen zurück.

- Wir sind bereiter geworden, Flüchtlinge aktiv aufzunehmen. Deutschland hat jetzt insgesamt 20.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen. Das ist gut so. Seit jetzt mehr Asylsuchende nach Deutschland gekommen sind, sperrt sich die Bundesregierung gegen eine weitere Aufnahme von Flüchtlingen. Die Landesregierung von Baden-Württemberg möchte deswegen 1.000 mißhandelte Frauen aus dem Nordirak aufnehmen. Das ist gut so und ich hoffe, dass dies klappt. Auf der anderen Seite machen wir weiter die Grenzen um die EU dicht und lassen die Menschen weiter im Mittelmeer sterben. Das ist nicht gut.
- Wir reden von Willkommenskultur und wollen Flüchtlinge willkommen heißen – auf der anderen Seite schieben wir die Flüchtlinge im Rahmen der Dublin-Verordnung von einem Land ins andere.
- Wir setzen uns wie unsere Landesregierung für eine Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt ein – dafür stimmt Ministerpräsident Kretschmann der Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsstaaten“ zu. Das war aus unserer Sicht der bisher größte politische Fehler unseres Ministerpräsidenten.
- Die Bundesregierung lässt sich auf eine neue gesetzliche Bleiberechtsregelung für Langzeitgeduldete ein – gleichzeitig verschärft sie die gesetzlichen Regelungen für Abschiebehaft, Abschiebungen und anderes. Das Ganze nennt sich dann, Orwell läßt grüßen: Gesetz für die Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung.

3. Es gibt nichts Gutes -außer man tut es – Eine gute Flüchtlingspolitik und solidarisches Engagement für Flüchtlinge und andere Ausgegrenzte sind wichtiger denn je

Was ist aus unserer Sicht eine gute Flüchtlingspolitik?

- 1. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die dazu führen, dass es legale Zugangswege für Flüchtlinge in die Europäische Union gibt und dass das Mittelmeer nicht weiter zum Massengrab für Flüchtlinge wird. Davon sind wir noch weit entfernt. Es wird immer noch ein riesiger Aufwand betrieben, um die EU-Grenzen abzuschotten und Flüchtlinge abzuwehren. Das Mittelmeer ist mit Leichen gepflastert. Wir sind dem neuen Papst Franziskus

außerordentlich dankbar, dass er bei seiner ersten Dienstreise im Oktober 2013 nach Lampedusa gefahren ist und dort Klartext gesprochen hat. Seitdem hat Italien über 150.000 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet. Es ist eine Schande, dass die Europäische Union und damit auch Deutschland keine Gelder bereit gestellt hat, um dieses Seenotrettungsprogramm fortzusetzen und stattdessen wieder zur verstärkten Grenzabschottung und Abwehr von Flüchtlingen übergeht. Wir brauchen auch endlich ein gerechtes und solidarisches System für die Aufnahme von Flüchtlingen in der Europäischen Union. Die Dublin-Verordnung der EU ist führt dazu, dass schutzbedürftige Flüchtlinge wie Aktenordner von einem Land ins andere geschoben werden. Dieses unsolidarisches System ist aber gescheitert. Es hilft jetzt aber nichts, wie Innenminister de Maiziere Asyllager in Afrika oder ein anderes Verteilsystem in Europa nur mit dem Ziel zu fordern, dass nach Deutschland weniger Flüchtlinge kommen. Eine solche Politik kommt bei PEGIDA und Co. gut an, bei uns aber nicht.

- 2. Gute Flüchtlingspolitik heißt: Wir müssen vermitteln, dass Deutschland ein Land ist, das Verantwortung für die Tatsache übernimmt, dass es weltweit über 50 Millionen Flüchtlinge gibt, ein Land, das die Menschenrechte nicht nur in der Verfassung stehen hat, sondern sie auch praktisch gewährt. Das muss dann auch mehr bedeuten, als dass wir all diejenigen einen Asylantrag stellen lassen, die es unter Lebensgefahr irgendwie zu uns geschafft haben. Das muss bedeuten, dass wir die Bereitschaft zeigen, noch mehr Flüchtlinge über das Resettlement des UNHCR aus internationalen Krisen- und Kriegsgebieten wie Syrien, Afghanistan, Eritrea usw. aktiv aufzunehmen.
- 3. Gute Flüchtlingspolitik heißt: Die Flüchtlinge, die als Asylsuchende nach Deutschland kommen, müssen gut aufgenommen und untergebracht werden. Die Politik und wir alle müssen dafür sorgen, dass Asylsuchende in Deutschland wie normale Menschen behandelt werden. Das bedeutet, dass sie nicht weiter in die allerunterste Schublade gesteckt werden sollten. Statt in isolierende Massenunterkünfte müssen Flüchtlinge nach unserer Auffassung so weit wie möglich in normalem sozialem Wohnraum untergebracht werden. Hierbei geht es nicht um eine Bevorzugung von Flüchtlingen gegenüber anderen Menschen in einer schwierigen sozialen Lage wie PEGIDA und andere behaupten. Hier geht es darum, Flüchtlingen zunächst einen gleichwertigen Zugang zur sozialen Wohnraumpolitik zu ermöglichen und gerade wegen dem überall vorhandenen Mangel an bezahlbarem Wohnraum die nötigen Anstrengungen zu unternehmen, damit alle Bedürftigen anständig wohnen können. Dies ist möglich und bezahlbar, wenn man es politisch will. Mit dem neuen Flüchtlingsaufnahmegesetz hat Baden-Württemberg eine gute Grundlage für eine bessere Unterbringung geschaffen. Vieles ist hier zwischenzeitlich schon vom Land und den Kommunen mit Unterstützung der Flüchtlingshilfe und aktiver Bürger/innen auf den Weg gebracht worden. Die Richtung stimmt.
- 4. Gute Flüchtlingspolitik heißt: Jeder Flüchtling, der einen Asylantrag stellt, soll ein faires und rechtsstaatliches Asylverfahren erhalten. Das muss auch für die Roma aus den Balkanstaaten gelten. Die Bundesregierung hat vor Kurzem die Staaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Die Zustimmung zu dieser Verschärfung des Asylrechts war aus unserer Sicht der größte politische Fehler, den unser grüner Ministerpräsident Kretschmann bisher gemacht hat. Die Asylsuchenden aus den

Balkanstaaten, die dort in den allermeisten Fällen von absoluter Armut und von sozialer und rassistischer Diskriminierung betroffen sind, wurden schon vor Verabschiedung dieses Gesetzes als Wirtschaftsflüchtlinge und Asylschmarotzer diffamiert. Jetzt sind sie endgültig stigmatisiert und zur Abschiebung freigegeben.

- 5. Gute Flüchtlingspolitik heißt: Die Integration von Flüchtlingen in Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt muss weiter gefördert und verbessert werden. In diesem Bereich ist in der letzten Zeit auch in Baden-Württemberg vieles auf den Weg gebracht worden. Die Landesregierung möchte vor allem den Zugang zur Sprachförderung und zu Ausbildung und Arbeitsmarkt verbessern. Vertreter von Wirtschaftsverbänden haben gefordert, dass jeder Flüchtling, auch wenn das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten soll, wenn er einen Ausbildungsplatz oder eine feste Arbeitsstelle hat. Das halten wir für einen sehr guten Ansatz.
- 6. Gute Flüchtlingspolitik heißt: Rassismus in all seinen Erscheinungsformen muss auch durch diejenigen, die uns regieren, geächtet und bekämpft werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat jetzt gegenüber PEGIDA Klartext geredet. Sie sollte aber auch die Scharfmacher aus der CSU und aus ihrer eigenen Partei in die Schranken weisen.
- 7. Gute Flüchtlingspolitik heißt: Der Staat muss all diejenigen Organisationen weiter und stärker fördern, die die Flüchtlinge im Asylverfahren beraten und bei der sozialen Integration unterstützen, also die Wohlfahrtsverbände, die Kirchen, die Flüchtlingshilfsorganisation, die Gesundheitszentren für Traumatisierte usw. Wir brauchen auch mehr Unterstützung für die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit. Wir sind nicht mit allem zufrieden, was unsere Landesregierung im Flüchtlingsbereich macht, aber die Landesregierung hat klar gemacht, dass ihr eine gute Behandlung von Flüchtlingen und die viel beschworene Willkommenskultur ein wichtiges Anliegen ist. Auch das hat dazu geführt, dass die Zahl der Menschen die sich überall im Land für eine gute Aufnahme der Flüchtlinge einsetzt stark gestiegen ist. Das ist aus unserer Sicht sehr erfreulich und das ist der richtige Weg. Flüchtlinge brauchen Unterstützung im rechtlichen Bereich: Sie brauchen Beratung im Asylverfahren, sie brauchen rechtliche Unterstützung, wenn der Asylantrag abgelehnt wurde oder um eine drohende Abschiebung zu verhindern. Sie brauchen soziale Unterstützung: Beim Ankommen und Einleben in unsere Gesellschaft, beim Lernen der deutschen Sprache, beim Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, bei gesundheitlichen Problemen. In allen diesen Bereichen engagieren sich überall in Baden-Württemberg sehr viele und immer mehr Menschen.
- 8. Gute Flüchtlingspolitik heißt schließlich: Die Politik muss für die Bereitschaft und Offenheit in der Bevölkerung zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen aktiv werben. Seit die Zahl der Flüchtlinge wieder gestiegen ist, wird immer mehr und viel zu viel und in problematisierender Weise nur über die Anzahl der Asylsuchenden gesprochen. Wir als Flüchtlingsrat glauben, dass die Grenzen der Aufnahmebereitschaft dieser Gesellschaft noch längst nicht überschritten sind. Wir sind ein reiches Land. Wir haben gute Verwaltungs- und Sozialstrukturen und eine mehrheitlich offene und aufnahmebereite Zivilgesellschaft. Im Jahr 2014 sind ca. 26.000 neue Flüchtlinge nach Baden-Württemberg gekommen. Das sind im Durchschnitt 600 Personen in jedem Landkreis. Wir halten das für eine nach wie vor überschaubare Zahl und wir sind sicher:

Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes können auch, wenn es nötig ist, noch mehr. **Zeigen wir allen Bedenkenträgern und Rassisten, die jetzt mit PEGIDA auf die Straße rennen, dass wir das können, dass wir in der Lage sind, diese Menschen aufzunehmen, gut zu behandeln und in unsere Gesellschaft zu integrieren.**

- **Es wird immer Menschen geben, die sich einem guten Umgang mit Flüchtlingen und anderen Benachteiligten und Ausgegrenzten aus egoistischen oder rassistischen Motiven entgegenstellen. Zeigen wir gemeinsam diesen Menschen, dass sie nicht im Recht sind, dass sie mit ihrem Hass nicht weit kommen, dass sie in der Minderheit sind und dass Rassismus und Menschenverachtung keinen Platz in dieser Gesellschaft haben.**